

8. Fazit

»Hierfür brauche ich keine Hilfe« – mit diesen Worten lehnt ›der Lateinamerikaner‹ die von ausländischen Organisationen angebotene ›technische Hilfe‹ zur rationalen Planung seiner Familie ab. Dieses in einer zeitgenössischen Karikatur aufgeworfene Szenario einer interventionistischen Bevölkerungspolitik, die in einem sich widersetzen den Guatemala unweigerlich scheitern musste, war Ausgangspunkt für die vorliegende historisch-empirische Studie, die untersuchte, wie, von wem und wann die Vorstellung eines vermeintlich gefährlichen Bevölkerungswachstums in Guatemala rezipiert, bewertet, verhandelt und adressiert wurde. Die Analyse zeigte, dass Erklärungsmuster, die Bevölkerungspolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als neoimperial Intervention beschreiben, ebenso zu kurz greifen wie die Deutung Guatemalas als ›Sonderfalk. Über ein Narrativ des Scheiterns hinausgehend wird indes deutlich, dass ›Bevölkerung als Problem‹ von den 1940er bis in die 1980er Jahre einen bedeutenden Resonanzraum darstellte, in dem sich zahlreiche Konflikte über das Wesen und die Zukunft Guatemalas entfachten.

Die Anfänge einer Problematisierung des Bevölkerungswachstums in Guatemala sind in den 1940er Jahren zu suchen, als die Ordnungsbestrebungen der sozialdemokratischen Regierungen zu einer Neubewertung von Guatemalas Bevölkerung führten. ›Entwicklung‹ und ›Modernisierung‹ stiegen in diesen Jahren zu zentralen Leitformeln auf, an denen sich internationale Entwicklungsexperten und -expertinnen, die Reformregierungen Arévalos und Árbenz und insbesondere die auf den Putsch 1954 folgenden Militärregierungen Guatemalas mit ihren Politiken und Gesellschaftsentwürfen orientierten. Nach dem Vorbild ›westlicher‹ Industriestaaten sollte über Infrastrukturprojekte, Privatinvestitionen und verhaltensändernde Maßnahmen Guatemala zu einer export- und profitorientierten, investitionsbasierten kapitalistischen Agrarnation transformiert werden. Eine derartige wirtschaftliche Entwicklung galt als Voraussetzung für den Ausbau eines guatemalteckischen Wohlfahrtsstaats, welcher die sozialen Bedürfnisse der sich herausbildenden guatemalteckischen Konsumgesellschaft erfüllen sollte. Nur auf diese Weise, so argumentierten Fachleute in US-amerikanischen Entwicklungs- und Sicherheitskreisen in der Logik des Kalten Krieges, konnten Proteste, Unruhen und Umstürze, und damit ein Umkippen zum Kommunismus, verhindert werden.

Dieses Entwicklungsversprechen erschien jedoch angesichts des Bevölkerungswachstums in den Ländern der so genannten Dritten Welt nicht einlösbar. Transnational wirkende Experten und Expertinnen sahen in den hohen Geburtenraten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas die Ursache für sehr unterschiedliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme. Die hohe Nachfrage einer schnell wachsenden und stetig jünger werdenden Bevölkerung nach Bildungschancen, Arbeitsplätzen, gesundheitlicher Versorgung oder Wohnraum könnten die ›Entwicklungsstaaten‹ auf längere Sicht nicht erfüllen, was unweigerlich zu politischen Konflikten und Umsturzprozessen führen würde. Bildete die von den neuerdings aufstrebenden Bevölkerungsexperten und -expertinnen popularisierte ›Theorie des demografischen Übergangs‹ das wissenschaftlich fundierte ideelle Fundament dieses mit der ›Bevölkerungsexplosion‹ verbundenen Bedrohungsszenarios, so war Familienplanung, also die Verbreitung von sicheren, einfach verwendbaren und kostengünstigen Verhütungsmitteln wie der Antibabypille und der Spirale, die praktische Lösungsformel, die sich in den 1960er Jahren in der internationalen Entwicklungspolitik durchsetzte und als Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, politische Stabilität und gesellschaftlichen Wohlstand galt. In zahlreichen ›unterentwickelten‹ Ländern entstanden Familienplanungsprogramme, mithilfe derer nationale Geburtenraten gesenkt und Familien zu weniger Kindern erzogen werden sollten.

Diese selbst ernannte Familienplanungsbewegung fasste in Guatemala Fuß, als eine Gruppe guatemalteckischer Ärzte, Pflegekräfte und Sozialarbeiter und -arbeiterinnen 1962 die guatemalteckische Familienplanungsorganisation Aprofam ins Leben riefen. Ihre Mitglieder fanden in den global zirkulierenden Wissensbeständen die Antworten auf die gesellschaftlichen Umbruchprozesse, die sich seit den 1940er Jahren in Guatemala auftaten und mit Sorge beobachtet wurden. Auch der guatemalteckische Demograf Jorge Arias de Blois ist in diesem Zusammenhang zu nennen, der in den 1960er Jahren zu einem wichtigen Bevölkerungsexperten Lateinamerikas aufstieg und auf transnationaler Ebene sehr gut vernetzt war. Diese Akteure popularisierten innerhalb Guatemalas die Vorstellung einer Bevölkerungsexplosion und deren vermeintliche Gefahren. In der Tat, so konnte die vorliegende Untersuchung zeigen, wurde die so genannte Bevölkerungsfrage in Guatemala von Personen verschiedener Fachdisziplinen und Berufsgruppen aufgegriffen: Mediziner und Medizinerinnen nahmen wegen der in Familienplanungsprogrammen notwendigen ärztlichen Expertise, aber auch aufgrund ihres hohen gesellschaftlichen Ansehens, eine prominente Position in den Diskussionen um die ›Bevölkerungsfrage‹ ein. Zu ihnen gesellten sich aber auch Fachleute aus der Ökonomie, Soziologie, Politologie und Anthropologie sowie Politiker und Politikerinnen, Militärangehörige und Figuren des öffentlichen Lebens, der guatemalteckischen Presse sowie Mitarbeitende parteinaher Denkfabriken und nichtstaatlicher Organisationen.

Das in transnationalen Entwicklungszirkeln populäre Entwicklungsversprechen, dass eine antinatalistische Bevölkerungspolitik, konkret Familienplanung, komplexe Problemlagen lösen könne, war dabei für die in dieser Studie analysierten Protagonistinnen und Protagonisten stets der zentrale Referenzrahmen und Ausgangspunkt für eine Beschäftigung mit Bevölkerungsentwicklungen in Guatemala. ›Bevölkerung‹ brachten sie mit sehr unterschiedlichen Aspekten wie Migration, Landbesitz, Mangelernährung, Agrarproduktion oder hohen Abtreibungsraten in Verbindung, selten

verstanden sie Guatemalas Bevölkerungswachstum, so wie die Mitglieder der Aprofam oder transnationale Bevölkerungsexperten, allerdings als Problem, das sich negativ auf Guatemalas wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung auswirkte und Armut, Unterernährung und politische Instabilität verursachte. Es fanden sich somit zunächst im akademischen Bereich, wo die ›Bevölkerungsfrage‹ als Aufhänger und Stellvertreter funktionierte, um auf strukturelle Probleme aufmerksam zu machen und alternative Entwicklungspfade aufzuzeigen, dann auch in einer guatemaltekischen Öffentlichkeit zahlreiche kritische Stimmen, die das international popularisierte Versprechen, mit Familienplanung wirtschaftliche Probleme lösen zu können, kritisch hinterfragten. Diese Zweifel verstärkten sich massiv in den 1970er Jahren, als eine dependenztheoretische Lesart die Oberhand gewann und Bevölkerungswachstum nunmehr als Folge von ›Unterentwicklung‹ gedeutet wurde. Nicht biotechnologische Maßnahmen, sondern Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit wurden gefordert. Die entwicklungspolitische Lösungsformel Familienplanung konnte somit im guatemaltekischen Kontext, so hat die Studie gezeigt, nur eine geringe Deutungsmacht entfalten. Das Bevölkerungspostulat, dass Familienplanung wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Frieden bringe, fand nur bei einem sehr kleinen Expertenzirkel in Guatemala Zustimmung.

Trotz der großen Zweifel an diesem ›Bevölkerungspostulat‹ ergaben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Guatemala immer wieder von ausländischen Institutionen geförderte Entwicklungsprojekte mit dem Ziel, das ›Bevölkerungsproblem‹ in Guatemala und die Haltung von Guatemaltekinen und Guatemalteken gegenüber neuen Verhütungsmitteln näher zu erforschen. Besonders in den Jahren von 1967 bis 1970 ergaben sich einige institutionelle Initiativen und Forschungsvorhaben, als die Wahl des zivilen Anwalts Julio Méndez Montenegro zum Präsidenten, ein Schlüsselmoment der jüngeren Geschichte Guatemalas, bei guatemaltekischen Akademikern und Akademikerinnen die Erwartung auslöste, dass das Land zu Demokratie zurückkehren und seine großen sozialen wie politischen Probleme überwinden könnte. In der Folge wandten sich Forschende in Guatemala verstärkt Themen wie ›Entwicklung‹ und ›Bevölkerung‹ zu, um den Wandlungsprozess zu begleiten und ihre Deutungsmacht in diesen Bereichen zu untermauern. Wie herausgearbeitet, waren es oftmals sehr heterogene Motive – Ausbau der Sozialmedizin oder des Gesundheitssystems, Etablierung der Politologie, Förderung der wissenschaftlichen Kompetenz allgemein – und eben nicht ein genuines Interesse an einem wie auch immer gearteten ›Bevölkerungsproblem‹, welche diese Projekte für guatemaltekische Intellektuelle interessant machten. Gelder, neu entstandene Forschungsinfrastrukturen und Weiterbildungen wurden oftmals geschickt im Sinne der eigenen Interessenlagen genutzt.

An diesen bevölkerungspolitischen Initiativen wird deutlich, dass die Geschichte Guatemalas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht ohne die transnationale Perspektive geschrieben werden kann. Denn wie an den untersuchten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben gezeigt, standen Personen, Geldströme und Ideen über Grenzen hinweg in regem Austausch. Menschen und Institutionen agierten in einem interamerikanischen Verflechtungsraum und arbeiteten grenzübergreifend. Guatemaltekische Ärzte und Ärztinnen sowie Pflegepersonal verstanden sich als wichtige Mitglieder einer globalen Familienplanungsbewegung, besuchten Kongresse und Fortbildungen in den USA und anderen lateinamerikanischen Ländern und standen in einem regen Aus-

tausch darüber, wie Familienplanung am besten popularisiert werden konnte. Angehörige von Entwicklungsorganisationen siedelten nach Guatemala über, Studien aus Chile oder Kolumbien zirkulierten in Zentralamerika und finanzstarke, zumeist in den USA angesiedelte Institutionen des so genannten *population establishment* finanzierten bevölkerungswissenschaftliche Initiativen und Familienplanungsprogramme in Guatemala mit dem Ziel, das guatemaltekische Bevölkerungswachstum zum Wohle der gesamten Weltgesellschaft zu begrenzen.

Im Vergleich zu Ländern wie Kolumbien und Chile, denen ein Pionierstatus zugeschrieben wurde, nahm Guatemala allerdings in einer kontinentalen Topografie des Bevölkerungswissens nur eine periphere Rolle ein. Denn für finanzstarke Organisationen wie die Ford Foundation oder den Population Council war Guatemala weder Erprobungsfeld noch Pionierland, sondern eher das Land, in dem die in anderen Kontexten entwickelten Politiken und Konzepte eingesetzt werden sollten. Statt der zentralen Figuren der internationalen Bevölkerungspolitik waren in Guatemala die vor Ort arbeitenden Mitarbeitenden der staatlichen Entwicklungsorganisation US Agency for International Development, also Entwicklungshelfer und -helferinnen der zweiten oder dritten Verwaltungsebene, für die Umsetzung zentral entwickelter Strategien zuständig. Ihr Vorgehen zeichnete sich durch einen geringen Professionalisierungsgrad aus, zugleich ergaben sich strukturell für diese Gruppe gewisse Handlungsspielräume, die die Personen individuell unterschiedlich nutzten. Während sich die meisten eben nicht als rigorose Bevölkerungsregulierer charakterisieren lassen, gab es den ein oder anderen *population officer*, der seine finanzielle wie soziale Verfügungsgewalt nutzte, um abweichende Meinungen zu unterdrücken und damit die »Machtasymmetrien der modernen Welt«¹ perpetuierte. Ein paradigmatisches Beispiel für diese imperiale Herrschaftsstrategie ist die im Kapitel 4 beschriebene Bevölkerungsstudie, deren Verbreitung von einem US-Mitarbeiter verhindert wurde, nachdem sie nicht die erwünschten Ergebnisse zur Förderung von Familienplanung in Guatemala brachte.

Eben dieser imperiale Einfluss der USA, in Form der finanzstarken nationalen Entwicklungsorganisation USAID, stand in den transnational angelegten Bevölkerungsinitiativen immer wieder auf dem Prüfstand der analysierten Protagonisten und Protagonistinnen, die sich stets in einem Spannungsfeld zwischen Ressourcenmangel und dem Streben nach nationaler Eigenständigkeit bewegten. Die Einbindung in internationale Netzwerke brachte oftmals Macht- und Prestigegewinn mit sich, die US-amerikanischen Fördergelder waren zudem substanziell für den Ausbau der Infrastruktur in Wissenschaft und Politik. Angesichts der US-amerikanischen hegemonialen Politik des Kalten Kriegs in Guatemala, die sich besonders im sicherheitspolitischen, militärischen Bereich zeigte, stand jedoch jegliche Art der entwicklungspolitischen Kooperation, insbesondere bei anti-imperialistischen und nationalistischen Gruppen, zugleich unter dem Generalverdacht der Einflussnahme. In einem zunehmend von Gewalt und Repression geprägten Guatemala wurden die »Bevölkerungsfrage, Verfügungsgewalten über Forschungsressourcen, Fördermittel und Gestaltungsfreiräume im Rahmen des Systemkonflikts gedeutet und ausgehandelt. An diesen mitunter erbittert geführten Aushandlungsprozessen wurde die Bedeutung von Wissen und Wissenschaft

1 Eckert et al., Globalgeschichte, Globalisierung, multiple Modernen, 2007, hier S. 24.

in Guatemala im Kontext des Kalten Krieges ebenso sichtbar wie der Wert von anderen nicht-US-amerikanischen transnationalen Entwicklungsnetzwerken. So ergaben sich im Untersuchungszeitraum für guatemaltekische Akteure und Akteurinnen insbesondere mit Personen und Institutionen der katholischen Soziallehre transnationale Verflechtungen, die für die lateinamerikanische Region in zukünftigen Studien noch stärker ausgeleuchtet werden könnten – vor allem, da die US-amerikanisch-lateinamerikanischen Beziehungen in der Geschichte Lateinamerikas in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts eine (zu) große Aufmerksamkeit erhalten haben.

Für das guatemaltekische Familienplanungsprogramm, das von seinem offiziellen Start 1967 bis in die 1980er Jahre kontinuierlich von der USAID unterstützt wurde, blieb die US-amerikanische Mitwirkung trotz vehementer Kritik und Gegenwehr allerdings wichtig. Transnational agierende Experten und Expertinnen fassten dabei im guatemaltekischen Gesundheitsministerium Fuß, wo das staatliche Familienplanungsprogramm angesiedelt blieb. Die Beteiligung staatlicher Vertreter und Vertreterinnen war allerdings überaus zurückhaltend: Familienplanungsaktivitäten wurde nur verdeckt im Rahmen von Programmen für Mutter-Kind-Gesundheit durchgeführt. Die hohen Finanz- und Personalressourcen wurden oftmals, ähnlich wie im wissenschaftlichen Bereich, für andere Projekte, wie die Neuorganisation des Gesundheitsministeriums, umgewidmet. Schrieben sich die unterschiedlichen Militärregierungen Entwicklung auf die Fahne und initiierten aus populistischen Gründen Gesundheitsprogramme, so ging es doch stets um eine militärische Stabilisierung des Landes gegenüber vermeintlich kommunistischen Einflüssen. Das ›Bevölkerungsproblem‹ begriffen und adressierten diese selten als Systemfrage, so lassen sich zumindest die Quellenbestände deuten. Auch fanden sie über Migrations- und Siedlungsprojekte andere Lösungsformeln für ein ›Überbevölkerungsproblem‹ im guatemaltekischen Hochland. Die abwartend, ›neutrale‹ Haltung der verschiedenen guatemaltekischen Regierungen blieb für Experten und Expertinnen schwer einzuschätzen, auch da die politisch Verantwortlichen stets zwischen einer (erhofften) Institutionalisierung von Familienplanung und einer klaren Ablehnung dieser Initiativen oszillierten. War der Staat also im Hinblick auf die Durchsetzung einer rigiden und zunehmend entfesselten Counter-Insurgency-Politik stark, so waren seine bürokratischen Strukturen und Ressourcen, gerade im Gesundheitsbereich, schwach. Die begrenzten staatlichen Regulierungsmaßnahmen und das staatliche Nichthandeln bildeten die Grundlage für den Aufstieg zivilgesellschaftlicher Institutionen und Einzelfiguren. An der Geschichte von Familienplanung und ›Bevölkerung‹ in Guatemala manifestiert sich somit auch der Aufstieg einer Zivilgesellschaft im Land. An keiner Institution wird dieser Aufstieg besser erkennbar als an der privaten Aprofam, die, gemeinsam mit der USAID, tief in die staatlichen Gesundheitspolitiken eingriff und sich als führende Institution auf dem Feld der Familienplanung etablierte. Dementsprechend kritisch wurden die Arbeit dieser Einrichtung, ihre internationalen Netzwerke und Finanzierung begleitet. Sie galt vielen als Sinnbild für eine neoimperiale Bevölkerungspolitik in dem zentralamerikanischen Land.

Sowohl die Aprofam als auch die Problematisierung von Bevölkerungswachstum sowie die Versuche, dieses mithilfe von Familienplanung zu regulieren, waren, so zeigte diese Studie, Gegenstand heftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in Guatemala, die in wissenschaftlichen Expertenzirkeln, im guatemaltekischen Kongress eben-

so wie in einer breiteren Öffentlichkeit geführt wurden. Diese Debatten verliefen auch deshalb so erbittert, da nichts Geringeres zur Disposition stand als die Frage, wie dieses gesellschaftlich wie ethnisch tief gespaltene Land in die Moderne geführt werden sollte und wie eine moderne Gesellschaft Guatemalas überhaupt aussehen sollte. Diese Deutungskämpfe konnten in dem politisch instabilen Land nicht gelöst werden. Auf Dissens und Partizipationsbestrebungen antworteten die heterogenen Militärregierungen sowohl mit Öffnungsversuchen als auch mit enormer Gewalt. Die Spannungen entluden sich im Kontext des Kalten Krieges in einem 36-jährigen Bürgerkrieg, der eine enorme Fragmentierung der Gesellschaft auf politischer, institutioneller und gesellschaftlicher Ebene mit sich brachte. In diesem Kontext war Bevölkerungsregulierung ein diskursives Feld, in dem zivilgesellschaftliche Akteure und Akteurinnen ohne staatliche Repression Kritik üben konnten. Somit fanden in der Kritik an Familienplanung gesellschaftliche Gruppen zusammen, die, wie beispielsweise die katholische Kirche und die an die staatliche Universität angebotenen Intellektuellen, ansonsten konträre Meinungen vertraten. Diese vehemente Ablehnung von Geburtenkontrolle lässt sich als letztes Aufbäumen im Streben nach nationaler Selbstbestimmung und Einheit angesichts der großen politischen und sozialen Zerklüftungen im Land interpretieren. Angesichts der sehr unterschiedlichen, konträren Antworten auf die Frage, wie Guatemala in die Moderne geführt werden sollte, konnte über eine Familienplanungskritik ein in diesen Jahrzehnten kaum spezifiziertes ›Wesen‹ der Nation Guatemalas bestimmt werden. Überspitzt formuliert war die Kritik an Familienplanung die letzte Möglichkeit, um einer ohnehin stattfindenden Erosion der guatemalteckischen Gesellschaft eine imaginierte nationale Einheit gegenüberstellen zu können.

In diesen Auseinandersetzungen um Nation, Entwicklung und Moderne war die Rolle indigener Frauen und Männer im Entwicklungsprozess ein zentraler Aushandlungspunkt. In militärischen und US-amerikanisch geprägten Entwicklungszirkeln der 1950er Jahre dominierte die Vorstellung, dass indigene Bevölkerungsgruppen einer gesamtgesellschaftlichen ›Entwicklung‹ nach US-amerikanischen Vorbild im Wege stehen und erst eine ›Modernisierung‹ indigener Familien zu kapitalistisch denkenden und handelnden Bürgern und Bürgerinnen die gesamte Nation aus der wahrgenommenen Rückständigkeit führen könne. Indigene Menschen wurden also gleichermaßen als Hemmnis *und* potenzieller Motor für Entwicklung wahrgenommen. In diesen Entwicklungsdebatten erfüllte das Sprechen über Bevölkerung und Regulierung eine wichtige sinnstiftende Funktion: Demografische Studien und solche zur Akzeptanz von Familienplanung definierten Geburtenraten und Sexualverhalten als kulturelles Distinktionsmerkmal zwischen indigenen und nicht-indigenen Menschen und trugen damit wesentlich zur Dichotomisierung der guatemalteckischen Gesellschaft bei. Erlebte soziale Zugehörigkeit als Klassifikationsmerkmal auch im Guatemala der 1960er Jahre einen Aufschwung, so wurden in den Familienplanungspolitiken die in Entwicklungskreisen identifizierten, an soziale Kategorien geknüpften Strukturmerkmale der ›Unterentwicklung‹ in Guatemala auf indigene Bevölkerungsgruppen projiziert. Ein als anders markiertes Reproduktions- und Sexualverhalten wurde als mögliches kulturspezifisches Merkmal indigener Gruppen beschrieben und diskursiv mit anderen vermeintlich modernisierungshemmenden Merkmalen wie Ländlichkeit, Armut oder Analfabetismus verknüpft. Debatten über das ›Bevölkerungsproblem‹ bildeten zudem

ein konstitutives Element bei der Problematisierung des guatemalteckischen Hochlands. Nur dort wurde eine ›Überbevölkerung‹ verortet, was zeitgenössische Wahrnehmungen vom Altiplano als indigen geprägtem, überbevölkertem und isoliertem Problemraum nachhaltig prägte.

Ebenso wie die ›Bevölkerungsfrage‹ unterlag auch die so genannte indigene Frage wechselnden Bewertungen. Der in Militär- und Entwicklungskreisen populären Wahrnehmung indigener Gruppen als entwicklungspolitisches Problem Guatemalas setzten Intellektuelle, politische Verantwortliche und neue zivilgesellschaftliche Akteure, die Anleihen an marxistischen und dependenztheoretischen Ansätzen nahmen, in den 1970er Jahren alternative Erklärungsmuster entgegen. Guatemalas Probleme machten diese nicht länger an einer Bevölkerungsgruppe fest, sondern führten sie auf historisch gewachsene sozioökonomische Konflikte, rassistische Strukturen, koloniale Praktiken und interethnische Spannungen zurück. Eine in einer lateinamerikanischen Konjunktur der Indigenität eingebundene Kritik an der *Indigenista*-Politik manifestierte sich in Guatemala auch in den Debatten um Familienplanung. In diesen erfüllten indigene Frauen und Männer eine bedeutende Funktion: Ihre Sexualität und ihr Fortpflanzungsverhalten wurden als natürlich, gesund und geregelt beschrieben, womit Familienplanung für Maya-Frauen und -Männer als unnatürlich dargelegt wurde. Um Familienplanung für die gesamte guatemalteckische Nation als fremd zu etikettieren, wurde ›*lo indígena*‹ somit zum festen Bestandteil der guatemalteckischen Nation erklärt. Vormals modernisierungshemmende Merkmale wurden somit positiv gewendet und gegen Familienplanung instrumentalisiert. Damit rekurrten Kritiker und Kritikerinnen ältere, in Fortschritts- und Entwicklungsdiskursen perpetuierte Merkmale eines sozialen, dichotomisch angelegten Klassifikationssystems, das zwischen *indígenas* und *ladinos* unterschied. Die Biologisierung und Glorifizierung indigener Lebensweisen blieb kein auf kritische Gruppen begrenztes Phänomen, sondern lässt sich ebenfalls bei Befürwortern und Befürworterinnen von Familienplanung beziehungsweise der ›verantwortungsbewussten‹ Elternschaft beobachten.

Indigene, im ländlichen Raum lebende Menschen und ihr vermeintlich andersartiges Sexual- und Familienleben fungierten dabei als Kontrastfolie und Gegenentwurf zu in der Hauptstadt lebenden, wirtschaftlich benachteiligten Familien, die als zentrales gesamtgesellschaftliches Problem ausgemacht wurden. Steigende Armut, ungelöste Landkonflikte und fehlende Arbeitsmöglichkeiten förderten die Binnenmigration in die Städte, besonders nach Guatemala-Stadt, wo eine städtische Mittel- und Oberschicht mit großer Sorge die großen sozialen und urbanen Wandlungsprozesse beobachtete. Besorgte Stadtplanern und -planerinnen, Pädagogen und Pädagoginnen, Pflegekräfte und insbesondere männliche Ärzte diagnostizierten einen Zerfall der urbanen Familie, der sich aus ihrer Perspektive in Kriminalität oder auch in einer vermeintlich verrohten Sexualität äußerte. Der urbane Raum galt somit gleichermaßen als Ort der Modernisierung wie als der Ort, wo die Übel der Moderne in voller Kraft zu Tage traten. Für eine familiäre Krise wurden insbesondere junge Männer der Unterschicht verantwortlich gemacht: Der selbstsüchtige, faule, alkoholranke, verantwortungslose, fremdgehende Mann war ein zentraler Topos in den Problemdebatten über die guatemalteckische Familie.

Wie die Studie verdeutlicht, stieg die monogam lebende, heterosexuelle Kleinfamilie, wie sie im Cover dieser Studie gezeigt wird, zum normativen Leitbild für Guatemalas Gesellschaft auf. Die Nuklearfamilie, die auf einem konservativen Verständnis der Geschlechterrollen basierte und worunter in Harmonie, Liebe und gemeinsamer Fürsorge lebend Vater und Mutter mit zwei bis drei Kinder gefasst wurden, galt als potenzieller Entwicklungsmotor und Kernelement der guatemaltekischen Nation. Die veröffentlichten wissenschaftlichen Studien, Presseartikel, Logos, Werbeplakate zu Familienplanung, Radiosendungen und Filme hatten dabei einen bedeutenden Anteil daran, die Kleinfamilie als erstrebenswerte gesellschaftliche Norm zu popularisieren. Dieses Idealbild hatte mit den heterogenen Lebensformen guatemaltekischer Familien wenig gemein, doch von dieser Norm abweichende Konstellationen wurden als Anomalie gedeutet, was auf eine Biologisierung und Medikalisierung des Sozialen hinweist, die mit den Debatten über Nation, Entwicklung, Sexualität und Familienstrukturen einhergingen. Eben diese medikalisierte urbane Familie und ihre Gesundheit auf der Mikroebene – und nicht ein entwicklungspolitisch gefasstes Bevölkerungsproblem auf der Makroebene – waren der Interventionspunkt für bevölkerungspolitische Maßnahmen in Guatemala. Die Wahrnehmung der Kleinfamilie als Grundvoraussetzung einer harmonischen, stabilen guatemaltekischen Gesellschaft verband Personen mit unterschiedlichen disziplinären Hintergründen, politischen Sichtweisen und Ansichten auf ein ›Bevölkerungsproblem‹.

Die Frage, wie der ›instabilen‹ Familie begegnet werden sollte, wurde im Betrachtungszeitraum unterschiedlich beantwortet. In den 1970er Jahren waren pädagogisch-erzieherische Ansätze besonders populär, insbesondere das katholisch inspirierte Konzept der *paternidad responsable*, das der als ›US-amerikanisch‹ begriffenen Familienplanung gegenübergestellt wurde. Familienplaner und -planerinnen vertrauten dagegen von Beginn an vor allem auf biomedizinische Maßnahmen. Von den 1960er bis in die 1980er Jahre blieb für sie die Verbreitung hormoneller und intrauteriner Kontrazeptiva ein wichtiges Ziel, was offenbart, wie sehr sie von modernen Verhütungsmitteln überzeugt waren. Denn diesen wurde das Potential zugeschrieben, soziale und ökonomische Ungleichheiten lösen zu können, sie fügten sich zudem gut in die technisch versierte entwicklungspolitische Logik ein. Die medikalisierte Familie und Gesundheit fungierten dabei als konzeptionelle Achse, mit deren Hilfe Familienplanung von einer entwicklungspolitisch gedachten Bevölkerungskontrolle entkoppelt und an staatliche Gesundheitspolitiken, zumindest kurzzeitig und trotz vehementer Kritik, angebunden werden konnte. An diesen Gesundheitsmaßnahmen und den Debatten um Familienplanung und das ›Bevölkerungsproblem‹ zeigt sich, dass eugenische Vorstellungen in Guatemala zu keinem Zeitpunkt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Bedeutung verloren. Eine eugenische Biopolitik der Bevölkerung schloss dabei gleichermaßen interventionistisch-biomedizinische Handlungen und erzieherisch-pädagogische Programme zur Disziplinierung der Sexualität wirtschaftlich benachteiligter Guatemalten und Guatemaltekinnen ein. Es ging niemals nur um Quantität, sondern immer auch um die ›Qualität‹ der guatemaltekischen Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund sind die 1980er Jahre schwer zu fassen: Eine erste populäre Reaktion auf die Historisierung von Bevölkerungspolitik in Guatemala ist stets, dass Familienplanung mit den Massakern in den frühen 1980er Jahren gleichgesetzt und so

als eine andere Form des Genozids gedeutet wird. Auch Kritiker und Kritikerinnen bedienen sich dieses Vorwurfs, um Familienplanungsinitiativen zu delegitimieren, beispielsweise in Zusammenhang mit der formal eingeleiteten Demokratisierung 1986, als das umstrittene Thema wieder aufgegriffen wurde. Diese Verbindung ist allerdings nicht eindeutig zu ziehen: Zwar hatte die Vorstellung des Altiplanos als indigen geprägter, ›überbevölkerter‹, isolierter Problemraum seit den 1950er Jahren bis in die 1980er Jahre Bestand, allerdings gingen die Protagonisten und Protagonistinnen dieser Studie eher davon aus, dass sich das diagnostizierte Bevölkerungsproblem im Hochland durch ›Entwicklung‹ nivellieren könne. Geburtenkontrolle blieb stattdessen von diesem räumlich gedachten ›Überbevölkerungsproblem‹ abgetrennt, ein ›Fertilitätsproblem‹ wurde hauptsächlich im urbanen Raum verortet und dort adressiert, auch weil guatemalteke Familienplaner und -planerinnen ihren Lebensmittelpunkt in der guatemaltekeischen Hauptstadt hatten. Versuche, indigene Familien über moderne Verhütungsmittel aufzuklären, gingen dagegen oftmals von US-amerikanischen Institutionen und Personen aus und scheiterten rasch. Leider bleibt in den Quellenbeständen weitestgehend offen, wie guatemalteke Militärs ›Bevölkerung‹ deuteten. Um diesen Problemkomplex zu erfassen, sind weitere Recherchen notwendig, die militärische Akteure einbeziehen und die Perspektive auf die 1980er Jahre erweitern.

Auch die Perspektiven von zahlreichen Guatemalteken und Guatemaltekinen, die Antibabypillen nahmen, sich Spiralen einsetzen ließen, an Aufklärungskampagnen teilnahmen oder Vasektomien durchführen ließen, erreicht uns nur gefiltert durch die Linse der Familienplaner und -planerinnen. An seltenen Stellen ergeben sich Hinweise darauf, dass Personen große finanzielle wie logistische Anstrengungen unternahmen, um die neu verfügbaren Angebote zur Empfängnisverhütung nutzen zu können. Oftmals blieben ihre Erfahrungen jedoch hinter den zahlreichen Zahlen, Statistiken und Tabellen verborgen. Das trifft besonders auf guatemalteke Frauen zu, auf deren Körper die Mehrheit der Verhütungsmethoden abzielten. An diesem Punkt müssen Historiker und Historikerinnen zukünftig ansetzen und buchstäblich über Oral-History die Stimmen derjenigen einfangen, die keine schriftlichen Quellen hinterlassen haben. So ließe sich beispielsweise herausfinden, wann Familienplanung in Guatemala als feministisches Thema positioniert wurde oder ob Guatemaltekinen die neuen Verhütungsmittel tatsächlich mit einer ›sexuellen Revolution‹ verknüpften.

Aus der Sicht derjenigen, die sich aktiv für eine Verbreitung moderner Verhütungsmethoden in Guatemala einsetzten, blieb eine solche ›kontrazeptive Revolution‹ allerdings aus. Für dieses Scheitern fanden die Familienplaner und -planerinnen von dem Start der Aktivitäten in den 1960er Jahren bis zur Demokratisierung 1986 sehr unterschiedliche Erklärungen. Sie machten mal eine linksgerichtete Universität, mal die katholische Kirche, die fehlende gesundheitliche Infrastruktur, die politische Apathie beziehungsweise Gegenwehr oder mitunter auch ›die Kultur‹ indigener Menschen für einen diagnostizierten Misserfolg verantwortlich. So verfestigte sich schnell ein Narrativ des Scheiterns, in dem Guatemala als ›Sorgenkind‹ und Sonderfall porträtiert wurde. In der Tat: Internationale Bevölkerungsexperten und -expertinnen eines *population establishment* konnten die zentral entwickelten Bevölkerungspolitiken, die zugrundeliegenden entwicklungspolitischen Annahmen mitnichten eins zu eins in Guatemala umsetzen. Zu keinem Zeitpunkt wurde Familienplanung als entwicklungspolitisches In-

strument zur Bevölkerungskontrolle gedeutet und als solches implementiert, vielmehr konnte die Verbreitung neuer Verhütungsmittel nur unter großer Zurückhaltung und als pronatalistische Gesundheitsmaßnahme proklamiert implementiert werden – diese Allianz blieb zudem instabil und brüchig. Die Agency lokaler Akteure und Akteurinnen, die sich global zirkulierende Ideen und Gelder auf spezifische Art und Weise aneigneten, zeigte sich in Guatemala besonders deutlich. Mit diesen Abgrenzungs- und Neuverhandlungstendenzen war Guatemala jedoch kein Einzelfall – auch in anderen Ländern inner- und außerhalb Lateinamerikas gab es ähnliche Entwicklungen, weshalb die Beschreibung Guatemalas als Sonderfall eben auch als zeitgenössische Konstruktion entlarvt werden kann.

Fern dieser ›Sonderfalltheorie‹ lag die Besonderheit Guatemalas jedoch darin, dass aufgrund des geringen Interesses eines international verflochtenen *population establishment*, der apathisch-ablehnenden Haltung guatemaltekischer Regierungen und der spezifisch politisch-gesellschaftlichen Konfliktlagen eine größere Pluralität der Ansätze, Aneignungen und Umsetzung von Familienplanung möglich war. So lassen sich eine Vielzahl an ›Familienplanungsgeschichten‹ in Guatemala finden, die zeigen, wie Familienplanung im Spannungsfeld zwischen nationalen Debatten, den spezifischen historisch verwurzelten Bedingungen, den subjektiv individuell unterschiedlichen Erwartungen von Experten und Expertinnen und internationalen Strategien geformt wurde. In der Gesamtschau dominieren Geschichten, die eine Charakterisierung globaler Bevölkerungspolitik als ausschließlich (neo-)imperiales Unterfangen eines US-amerikanischen Expertenzirkels deutlich in Frage stellen. Als paradigmatisches Beispiel kann hier der Arzt und USAID-Bevölkerungsbeauftragte Ernest Croft Long genannt werden, der geschickt Familienplanungsgelder für die Umsetzung seines Lebensprojekts, der Errichtung einer Ausbildungsstätte für Gesundheitspersonal, nutzte und in diesem Prozess Familienplanung als integrativen Bestandteil – und nicht Ziel – von Gesundheitsmaßnahmen deutete. Long verhalf auch der katholischen ›Gegenexpertin‹ María Arzú de Wilson und der so genannten natürlichen Familienplanung zum Aufstieg, indem er die Rundreise des katholischen Ärztepaares John und Evelyn Billings durch Zentralamerika und in die USA finanzierte. Damit unterschied er sich nicht nur von mitunter rigorosen Verfechtern von Bevölkerungskontrolle in New York und Washington, D.C. sondern auch von der guatemaltekischen Familienplanungsorganisation, die sich sehr viel stärker an den in den USA entwickelten Politiken orientierte. An der Aprofam – und nicht an der USAID in Guatemala – lassen sich somit die Konjunkturen und Tendenzen internationaler Bevölkerungspolitik ablesen: Nach einer kurzen Phase der Implementierung von bevölkerungswissenschaftlichen Institutionen und Familienplanungsprojekten Ende der 1960er Jahre kam es spätestens in den 1970er Jahren zu einer Auflösung dieser Initiativen, einer Neuverhandlung von Familienplanung und zu einer massiven Kritik am Bevölkerungspostulat und der Lösungsformel Familienplanung. Diese vertauschten Rollen, ebenso wie die für eine ›Bevölkerungskontrollbewegung‹ ungewöhnlichen Projekte, stellen nicht nur die Charakterisierung eines *population establishment* als uniform, imperial und allein US-amerikanisch in Frage, sondern auch die Existenz einer solchen Bewegung, so wie sie beispielsweise Matthew Connelly beschrieb, *per se*. Zumindest muss diese aus der guatemaltekischen Perspektive mit einem Fragezeichen versehen werden.

Eine nuancierte Geschichte der Familienplanungspolitik, wie sie diese historische Analyse herausgearbeitet hat, ist auch deshalb bedeutsam, da eben diese ›Abweichungen‹ und Umdeutungsprozesse bis heute nachwirken und institutionell beständiger waren als die Familienplanungsprojekte selbst: Das gilt für das von Long gegründete und bis heute existierende Gesundheitsprojekt ebenso wie für die Kritikerin María de Arzú Wilson, die die Kontakte zu ihrem Heimatland aufrecht erhielt, zur Expertin im Bereich der reproduktiven Gesundheit aufstieg und Guatemala bei der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo repräsentierte, wo sie im Gegensatz zu den zahlreichen Frauengruppen, die diese Konferenz prägten, eine konservative Haltung gegenüber Familienplanung vertrat. Die Herausstellung dieser Pluralität ist allerdings auch deshalb ein zentrales Ergebnis dieser vorliegenden Arbeit, da Zeitgenossen und -genossinnen Familienplanung, die damit verbundenen Institutionen und Strategien stets nur als US-amerikanisch gesteuerte Bevölkerungskontrolle wahrnahmen. Ein ›Bevölkerungsproblem‹ – ob es nun abgelehnt oder bestätigt wurde – ebenso wie die dahinterstehenden entwicklungspolitischen Grundannahmen und die damit popularisierten Ideale wie die ›Kleinfamilie‹ bildeten den alleinigen interpretativen Rahmen für die Debatte um Sexualität und Empfängnisregulierung in Guatemala, während das Thema im Untersuchungszeitraum nicht im Bereich der individuellen Gesundheit und Selbstbestimmung verankert werden konnte. Obgleich ein transnationaler Expertenzirkel in Guatemala nicht recht Fuß fassen konnte, entwickelten die von dieser Gruppe vorangetragenen internationalen Debatten insofern eine große normative Strahlkraft, dass ein Sprechen über Empfängnisregulierung *ohne* den Bezug zu einem ›Bevölkerungsproblem‹ nicht denkbar war.

Diese Strahlkraft wirkt bis heute nach und zeigt sich in heutigen Debatten über Sexualität und Geburtenkontrolle: Wenn also im Jahr 2018 konservative Gruppen im Zuge einer Initiative zur Verschärfung des guatemalteckischen Abtreibungsgesetzes gegen die »Strömungen im Ausland« protestieren, die in Guatemala »Organisationen unterstützen, die für Abtreibung und die Gender-Ideologie werben«², so untermauert dies die Bedeutsamkeit geschichtswissenschaftlicher Studien, in denen eine Problematisierung von Bevölkerungsentwicklungen und deren Regulierungspolitiken historisiert wird. Eine solche Historisierung, so hat die vorliegende Studie verdeutlicht, bedarf der Berücksichtigung persönlicher Biografien und lokaler Kontexte, ohne transnationale Verflechtungen und global zirkulierende Debatten zu ignorieren.

2 Zitiert nach Reischke, Martin: »Umstrittenes Gesetz in Guatemala. Für das Leben, gegen die Frauen«, in: *Deutschlandfunk* (01.12.2018), URL: <https://www.deutschlandfunk.de/umstrittenes-gesetz-in-guatemala-fuer-das-leben-gegen-die-100.html> (16.11.2021).

